

Information nach Art. 13 bzw. Art. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Das Regierungspräsidium Darmstadt (RP DA) verarbeitet bei der Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen, von Anhörungs-, Planfeststellungs-, Plangenehmigungs- und Planänderungsverfahren sowie von Entfallensentscheidungen und Anzeigeverfahren personenbezogene Daten.

Mit den nachfolgenden Hinweisen informieren wir Sie darüber, zu welchen Zwecken und auf welcher Rechtsgrundlage Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden, an wen Sie sich in datenschutzrechtlichen Fragen wenden können und welche Rechte Ihnen nach der DS-GVO zustehen.

1. Verantwortlichkeit für die Datenerhebung

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist das RP DA, Luisenplatz 2, 64283 Darmstadt, Tel.: 06151-120, Fax: 06151-126347, E-Mail: Poststelle@rpda.hessen.de.

2. Der Datenschutzbeauftragte

Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie über die unter Ziffer 1 angegebene Postanschrift sowie unter der folgenden E-Mail-Adresse: datschutzbeauftragte@rpda.hessen.de.

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

a. Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Vorbereitung, Aufbereitung und Nachbereitung von Entscheidungen über Infrastrukturvorhaben im Bereich des Energiewirtschaftsgesetzes, des Allgemeinen Eisenbahngesetzes, des Bundesfernstraßengesetzes sowie des Hessischen Straßengesetzes, des Personenbeförderungsgesetzes und des Hessischen Seilbahngesetzes.

b. Die Verarbeitung erfolgt auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e) DS-GVO und § 3 Abs. 1 des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes sowie nach den einschlägigen Vorschriften der unter a. aufgeführten Gesetze einschließlich des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes, des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) und des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes. Enthält der von Ihnen vorgetragene Sachverhalt besondere Kategorien personenbezogener Daten, wie z.B. Angaben über die Gesundheit oder die ethnische Herkunft, wird die Datenverarbeitung zusätzlich auf Art. 9 Abs. 2 lit. g) DS-GVO gestützt.

4. Empfänger der personenbezogenen Daten

Grundsätzlich werden Ihre personenbezogenen Daten nur durch das RP DA verarbeitet. Soweit dies zur Bearbeitung des Infrastrukturvorhabens erforderlich ist, werden personenbezogene Daten gegenüber Dritten offengelegt. Eine Weitergabe kommt an folgende Empfänger in Betracht:

- Vorhabenträger einschließlich der von diesen beauftragten Planungsbüros, Gutachter und Projektmanager
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum als Planfeststellungsbehörde
- Stenografen

- Beteiligte an einem Erörterungstermin im Zuge der Versendung des Protokolls
- Projektmanager des RP DA
- Gerichte
- Staatsarchiv

Die übermittelten personenbezogenen Daten dürfen von den Empfängern ausschließlich zur Durchführung des Infrastrukturvorhabens verarbeitet werden.

5. Speicherdauer und -fristen

Zur Bestimmung des Zeitpunkts der Datenlöschung beachtet das RP DA die Aufbewahrungsfristen, die im Erlass zur Aktenführung in den Dienststellen des Landes Hessen festgelegt sind.

6. Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden

Das RP DA verarbeitet folgende personenbezogene Daten von Ihnen

- Vor- und Nachname, Titel
- Geschlecht
- Geburtsdatum und -ort
- Kontaktdaten (Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer)
- Eigentumsverhältnisse und Besitzmerkmale (z.B. Grundbucheintragungen, Flurstücksnummer, Rechte an Grundstücken)
- Angaben zum Beschäftigungsverhältnis (z.B. Beruf, Arbeitsstelle, Dienstort)
- Unterschriften
- Sachverhaltsdarstellung

7. Quelle der Daten und Art der Verarbeitung

Das RP DA verwendet in erster Linie die personenbezogenen Daten, die Sie mit Ihrer Einwendung bzw. Äußerung und Stellungnahme übermittelt haben.

Im Einzelfall werden auch Informationen verarbeitet, die dem RP DA vom Vorhabenträger oder von Behörden bzw. Kommunen zur Durchführung des Infrastrukturvorhabens, etwa zum Zwecke der Information der nicht ortsansässig Betroffenen, zur Verfügung gestellt wurden.

8. Verpflichtung zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Eine Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten besteht nicht. Das Nichtbereitstellen der personenbezogenen Daten kann die Nichtberücksichtigung der Belange und Interessen der Betroffenen zur Folge haben, zumindest aber die Geltendmachung derselben im Verfahren erschweren.

9. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

a. Recht auf Widerspruch (Art. 21 DS-GVO)

Soweit das RP DA Ihre personenbezogenen Daten zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben nach Art. 6 Abs. 1 lit. e) DS-GVO verarbeitet, können Sie der künftigen Verarbeitung Ihrer Daten aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit widersprechen.

b. Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO)

Sie haben das Recht, Auskunft darüber zu erhalten, ob und – wenn ja – welche personenbezogenen Daten das RP DA von Ihnen verarbeitet.

c. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO)

Sie können unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender personenbezogener Daten verlangen, sofern diese nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten haben Sie – unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung – einen Anspruch auf Vervollständigung.

d. Recht auf Löschung (Art. 17 DS-GVO)

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen.

e. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)

Unter den in Art. 18 DS-GVO genannten Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen.

f. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO)

Dieses Recht steht Ihnen nur bezüglich solcher personenbezogenen Daten zu, welche Sie dem RP DA selbst bereitgestellt haben. Sie können danach verlangen, dass Ihre Daten Ihnen selbst in einem maschinenlesbaren Format zur Verfügung gestellt oder an einen anderen Verantwortlichen übermittelt werden. Dieses Recht besteht jedoch nur, wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben (Art. 6 Abs. 1 lit. a) DS-GVO) oder die Verarbeitung auf einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. b) DS-GVO beruht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

Dies gilt nicht, wenn die Verarbeitung der personenbezogenen Daten für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem RP DA übertragen wurde (Art. 6 Abs. 1 lit. e) DS-GVO).

g. Recht auf Widerruf der Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Ihrer Einwilligung beruht, haben Sie das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Die unter a. bis g. genannten Rechte sind an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziffer 1) zu richten bzw. gegenüber dieser geltend zu machen.

h. Recht auf Beschwerde (Art. 77 Abs. 1 DS-GVO)

Unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe steht Ihnen jederzeit das Recht auf Beschwerde beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit zu.